

verschmäht, einzelne Volksstämme zu bedrängen und in ihrem Frieden zu stören. Redner schließt unter schwachem Beifalle der „Rechts“partei.

Abg. Kupitz tritt für den Entwurf ein. Die Ansicht der Gegenpartei, daß die jenseitige Reichshälfte ihrer Verpflichtung nicht nachkommen könnte und Eisenbahnen bezüglich des Staatscredits leicht in Mitleidenschaft gezogen werden dürfte, glaubt Redner mit Entschiedenheit zurückweisen zu sollen, denn er halte die ungarische Nation für zu politisch klug, um ein Gut, das sie so theuer erkaufte: die Berechtigung ihrer staatlichen Existenz, so leicht hin preiszugeben. (Bravo.) Die Finanzlage erscheine ihm nicht in so düsterem Lichte, als sie die gegnerische Partei schildert. Ein Radicalmittel gegen die verderbliche Krise gebe es nicht. Sparen ist jedenfalls notwendig; was aber den Vorschlag betrifft, die Krisis durch den forcierten Eisenbahnbau beheben zu wollen, so komme ihm das vor, wie die Homöopathie, welche nach dem Grundzuge: „similia similibus“ heilen will. Die übermäßige Ausdehnung des Eisenbahnbaues hat die Krisis herbeiführen geholfen und jetzt will man sie durch Eisenbahnbau heilen. (Bravo! Sehr gut!) Das Abgeordnetenhaus dürfe sich umso weniger in lächerliche Speculationen einlassen, als es nicht mit eigenem, sondern mit dem Gelde der Steuerträger arbeitet. (Bravo. Sehr richtig.) Er schließt mit der Empfehlung des Ausschussantrages. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Dr. Meznil bedauert es, daß sowohl in religiösen, wie in nationalen Dingen das Haus so wenig Toleranz zeige. Die schönen Rathschläge, die man uns ertheile, sind fruchtlos. Wir sind großjährig und wissen was uns frommt. Man lasse jeden nach seiner Façon selig werden und jede Nation sich in ihrer eigenen Sprache fortbilden. Eine gute Politik hat auch gute Finanzen im Gefolge. Das Deficit des diesjährigen Budgets werde sich auf 19 Millionen, wenn nicht noch höher stellen. In nächsten Jahre werde es nicht günstiger werden. Man müsse aber auf das Jahr 1877 blicken, in welchem der Vertrag mit Ungarn endet. Wir wissen ja, daß bei finanziellen Uebereinkommen mit dem Nachbarstaate wir immer den kürzeren ziehen. (Bravo, rechts.) Die Steuerreform werde kaum helfen, dagegen sei die Auflösung der Vorklassisten tief zu beklagen. Hätte das Haus nicht die Exzellenz herausgedrängt, so stände es um die finanzielle Lage besser. (Heftige Ohorufe. Der Präsident weist diese Bemerkung zurück.) Im Wahlspruche des Kaisers: „Viribus unitis“ liege die richtigste Directive, der man zu folgen habe. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wenger findet, daß die Clericalen wohl immer Frömmigkeit und etwa eine große Wallfahrt als Remedium gegen die Finanzlage im Munde führen, daß sie aber bis jetzt keine Art besserer Administration anzugeben wußten. (Sehr richtig.) Gegen den unmittelbaren Vorredner gewendet, glaubt Dr. Wenger, daß die Verwaltungsrathesstellen nicht bloß aus den Verfassungstreuen, sondern sehr häufig auch aus idderalistisch-clericalen Kreisen besetzt wurden. (Bravo.) Die Viribus-unitis-Politik nehme sich im Munde der Gegner wenig glaubwürdig aus. Seiner Meinung nach habe Herr v. Bretis den vollkommen richtigen Weg eingeschlagen und mindestens zwei Vorzüge seiner Politik seien unleugbar: Die Staatsgelder nicht zu gewagten Speculationen preisgegeben und den Staatscredit gut erhalten zu haben. Die Reime der Krise reichen in Jahrhun-

langer Schleppe, ein wahres Prachtstück aus Miß Lätitia's Garderobe, welches diese seufzend opferte und sich gelobte, daß der reiche Lord es ihr zehnfach ersetzen solle. Der Gürtel dieses Rockes, welcher der breiten Taille seiner Eigenthümerin gemäß, viel zu weit war, wurde um mehr als die Hälfte verkürzt, und das köstliche Gewand floß daher in umso reicheren Falten um die schlanke, graziose Gestalt.

Als Dr. Britchard aus seinem Zimmer trat und in der Vorhalle einen Blick auf Karoline warf, die ihn dort erwartete, riß er die Augen auf, als ob er plötzlich galvanisirt worden wäre. Er hätte sie fast nicht wieder erkannt; doch endlich sagte er sich und wie, wenn mit einem male die Ueberzeugung ihres wahren Standes unbestreitbar in ihm erwache, bot er ihr mit einer wahrhaft ritterlichen Berbeugung den Arm, um sie in den Garten zu Lord Geraldin zu führen.

„Du siehst wahrhaft verführerisch aus“, schmunzelte er. „Mein Patient wird hoffentlich mit dir eine Ausnahme machen und dich willkommen heißen. Bisher durste ihm kein weibliches Geschöpf, nicht einmal meine Schwester Lätitia, nahe kommen.“

In der Laube angekommen, wo Lord Geraldin sie erwartete, stellte der Doctor ihm seine Tischgenossin vor.

„Hier bringe ich Ihnen Miß Lucie, eine junge Patientin“, sagte er, „ich hoffe, sie wird es nicht an Aufmerksamkeit gegen Ew. Lordschaft fehlen lassen.“

„An Aufmerksamkeit gegen mich? Doctor, halten sie mich für einen Barbaren?“ entgegnete Lord Geraldin, und bat die junge Dame, Platz zu nehmen.

Der Doctor flüsterte ihm zu, sich jede Ceremonie zu ersparen — sie verstehe sich nicht darauf, sie sei eine unheilbare, aber ganz ungefährliche Irre.

(Fortsetzung folgt.)

berte zurück, wo die Industrie vernachlässigt wurde und der Blick nach dem Auslande zu sehr beschäftigt war. Der plötzliche Uebergang zur Frei-Handelspolitik war vollends von der schädlichsten Wirkung. Dazu kommt, daß in Oesterreich die Interessen der Bodenkultur und Industrie nicht harmonisch zusammenwirken. Was das Budget betrifft, so glaubt Redner, daß das Budget stets ein Spiegelbild der wahren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines Staates sein soll. Man dürfe die Hoffnung auf die Zukunft nicht aufgeben, allein der große Fuß müsse eingeschränkt werden. Im Militärwesen und in der Diplomatie müssen starke Reductionen gemacht werden und Oesterreich könne es thun, denn es ist von keiner Seite bedroht. (Bravo.) Die Steuern herabzumindern sei das Ziel, das Regierung und Volksvertretung zum Wohle des Staates anstreben müsse. (Anhaltender Beifall.)

Auf Antrag Wolfrums wird Schluß der Debatte angenommen.

Nachdem noch Abg. Bitezich gegen den Entwurf gesprochen hatte, spricht Abg. Haase als Generalredner für die Vorlage. Er tritt insbesondere der Behauptung entgegen, daß die katholische Kirche die Stütze des Trones sei. Das wäre eine Verleumdung für alle anderen Confessionen. Unser Patriotismus, ruft Redner aus, ist ein reiner und ungeheuchelter, den die Gegner nicht bestreiten dürfen. (Bravo.)

Damit ist die Generaldebatte beendet. — Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Der deutsche Reichstag

beschleunigt das Tempo bei seinen Arbeiten, jedoch ist es zweifelhaft, ob ihm die drei Arbeitswochen, welche ihm noch bis Weihnachten zu Gebote stehen, genügen werden, sein Pünium hinter sich zu bringen.

Der „Schles. Ztg.“ wird hierüber von unterrichteter Seite geschrieben: „Die maßgebenden Führer der Reichstags-Mehrheit haben vom ersten Tage der Session ab die parlamentarische Gesamtsitzung und das sich daraus ergebende Bedürfnis einer möglichen Abkürzung der Session in völlig übereinstimmender Weise mit der Regierung aufgefaßt. Der eifrigste Vertreter der Ansicht, daß die Session, wenn irgend möglich, bis Weihnachten zu schließen sei, war Herr v. Forckenbeck. Unter seinem Einfluß wurden von den Führern der Fractionen Dispositionen getroffen, welche eine Abkürzung der Session ermöglichen sollten. In diesen Kreisen wird bis zum Augenblick die Meinung festgehalten, daß der Reichstag seine Hauptaufgaben mit Ausnahme des Bankgesetzes bis Weihnachten erledigen und daß derselbe namentlich den Reichshaushalt bis dahin feststellen werde. Der Indifferentismus, mit welchem diese Frage in gewissen Correspondenzen der Verfassungsbewegung gegenüber behandelt wird, entspricht durchaus nicht der Auffassung des Reichstages selbst. Auch sind die Vorbereitungen der Budgetcommission so weit vorgerückt, daß eine Erledigung des Budgets vor Weihnachten mit großer Sicherheit erwartet werden kann.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt in bezug auf die Sessionsdauer des deutschen Reichstages folgende Mittheilungen: „Die Frage in betreff der Dauer der Reichstagsession wird in der Presse vielfach nicht unbefangenen beurtheilt, besonders insofern, als der Schluß vor Weihnachten vorzugsweise als Wunsch der Reichsregierung und als Gegenstand des Drängens seitens derselben hingestellt worden, — als ob der Reichstag in dieser Beziehung gewissermaßen einem Druck nachzugeben hätte.“

Vor Allem lassen die parlamentarischen Führer keinen Zweifel darüber zu, daß der Reichshaushalt vor Neujahr zur Feststellung gelangen muß. Die Indifferenz, mit welcher diese Frage gegenüber der Verfassungsbestimmung in gewissen Correspondenzen behandelt wird, entspricht durchaus nicht den Auffassungen im Reichstage selbst. Auch liegen die Vorbereitungen in der Budgetcommission so, daß die Erledigung im Plenum innerhalb der noch ausstehenden drei Wochen keinem Zweifel unterliegt. Namentlich wird der Militäretat nicht entfernt solche Schwierigkeiten bieten, wie es nach den Anklagungen eines ziemlich isolirt dastehenden Abgeordneten der Fortschrittspartei besorgt werden könnte.

Neben dem Etat werden die Gesetze über den Landsturm und über die Landwehrcontrole unzweifelhaft und ohne erhebliche Schwierigkeit zum Abschluß gelangen, eben so die Gesetze über Elsaß-Lothringen, hoffentlich auch die Gesetze über den Rechnungshof u. s. w., ungeachtet der dabei obwaltenden inneren Schwierigkeiten. Es bliebe mithin nur in Frage, ob und zu welchem Zeitpunkte das Bankgesetz zur Erledigung zu bringen ist in wird. Darüber dürfte eine zutreffende Ansicht in diesem Augenblicke kaum auszusprechen sein. Vorausgesetzt aber, daß alle vorgängigen Schwierigkeiten rechtzeitig gelöst werden, würde jedenfalls eine kurze Anwesenheit des Reichstages im Jänner genügen, um auch diesen Theil der diesjährigen Aufgaben zu erledigen.

Politische Uebersicht.

Salzbach, 6. Dezember.

Fast alle ungarischen Blätter verurtheilen das Vorgehen des Finanzausschusses des ungarischen Abgeordnetenhauses und befürworten die unverän-

berte Annahme der Indemnitätsvorlage, da es unparlamentarisch sei, auf die Beschlüsse eines Ausschusses in einem Besetze hinzuweisen. Der Finanzausschuss nahm mit allen zehn realistischen Stimmen gegen vier oppositionelle die Indemnitätsvorlage für das erste Quartal 1875 an. Der Ministerpräsident erklärt sich bereit, auch im Hause protokollarisch zu erklären, daß die Regierung das Präliminare von 1875 nicht überschreiten, sondern womöglich noch reducieren werde, ohgleich die Indemnität auf Grund des Budgets von 1874 ertheilt wird.

Mehrere Municipien haben an den ungarischen Reichstag Petitionen um gesetzliche Regelung der Militärbequarterung eingereicht, so namentlich das ödenburger, komorner und somogyer Comitat, der Hajdukensirict und die Stadt Kecskemé.

Wie die „Allg. Ztg.“ erfährt, wird die deutsche Reichsregierung in nächster Zeit in der Lage sein, der Bankgesetzcommission des Reichstages die verlangte Erklärung zuzugehen zu lassen, bezüglich der Errichtung einer Reichsbank durch Umwandlung der preussischen Bank in eine solche. — In den nächsten Tagen werden die elsass-lothringischen Angelegenheiten abtrams den deutschen Reichstag beschäftigen. Es handelt sich um den von Winterer und Genossen eingebrachten Antrag, die deutsche Schulgesetzgebung in Elsaß-Lothringen aufzuheben und das französische Schulgesetz von 1850 wieder in Kraft treten zu lassen. Die Antwort auf diese Forderung ist den Herren bereits in der Budgetdebatte ertheilt. Fürst Bismarck hat kategorisch erklärt, daß die Regierung von der im Elsaß bisher eingehaltenen Schulpolitik nicht nur nicht abgehen, sondern dieselbe wahrscheinlich noch energischer gestalten werde.

Der „Telegraph“ meldet den Inhalt der Botschaft des Präsidenten der französischen Republik, welche der versammelten Nationalversammlung vorgelesen wurde. Die Botschaft enthält die Aufforderung an die Nationalversammlung, die Gewalten, welche dem Präsidenten am 20. November v. J. auf sieben Jahre übertragen wurden, gesetzlich zu organisieren, und die Erklärung, daß er, Mac Mahon, zu diesem Zwecke an alle Männer von gutem Willen appelliere. Sollte die Nationalversammlung dessenungeachtet die Organisation der siebenjährigen Vollkommenheit des Präsidenten nicht vornehmen, so erklärt Mac Mahon, daß er den Posten, auf den er gestellt werden, nicht verlassen, sondern mit unerschütterlicher Festigkeit und gewissenhafter Gesetzhaltung behaupten werde. Beachtenswert ist die Erklärung des Präsidenten, daß er nicht da sei, den Bestrebungen irgend einer Partei zu dienen, und besonders hervorzuheben ist, daß die Botschaft den wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs und den friedlichen und freundschaftlichen Charakter der Beziehungen Frankreichs zu den auswärtigen Regierungen constatirt. Dieser Theil der Botschaft ist namentlich geeignet, einen durchwegs beruhigenden Eindruck hervorzubringen.

In Rom wurden am 30. v. M. in einer parlamentarischen Versammlung beim Ministerpräsidenten die Besprechungen über das vorzuliegende Sicherheitsgesetz fortgesetzt. Einige Abgeordnete fanden die angefügten Maßregeln zu milde und die Dauer des Gesetzes, zwei Jahre, zu kurz. Der Abg. Buccioni verlangte die zeitweilige Aufhebung der Schwurgerichte in Sicilien, der Justizminister Bigliani antwortete ihm, daß das einen zu bedenklichen Präcedenzfall abgeben könnte. Der Minister des Innern Cantelli machte Mittheilungen über die Sicherheitszustände und gab zu, daß dieselben in einigen Gegenden bedauerlich seien, auch wenn man Uebertreibungen und falsche Ausdeutungen in Abtlaß bringe; er selber vertraue indessen auf die Wirksamkeit und Zugänglichkeit der vorgeschlagenen Maßregeln. Der Ministerpräsident schloß die Besprechung mit der Erklärung, daß die Regierung die Meinungsäußerung ihrer Freunde bei der endgiltigen Feststellung der Vorlage berücksichtigen werde.

In der Skupstina fand am 3. d. die Adreßdebatte statt. Die Majorität und die Minorität des Ausschusses überreichten zwei Adressen. Der Entwurf der Majorität spricht sich unter anderem für die Schutzzölle und die Aufhebung der Klostergüter aus und führt gegen die Pforte eine drohende Sprache. Die Minorität findet denselben für unannehmbar und dürfte die Skupstina ihn schwerlich annehmen.

Nach Telegrammen englischer Blätter soll Serano den 4. Dezember mit zehntausend Mann Verstärkungen zur Nordarmee abgehen und persönlich den Oberbefehl übernehmen. Die Nachricht, daß der spanische Finanzminister eine neue Anleihe von 375 Millionen Pesetas aufnehmen wolle, wird als falsch bezeichnet. Einige hervorragende Altonisten sind wieder nach den Canarien geschickt worden.

Einer telegraphischen Meldung zufolge unterwarf sich der Insurgenten-General Mitre der Regierung von Buenos Ayres. Mitre und seine Offiziere und Soldaten legten die Waffen nieder und wurden amnestirt. Die übrigen Insurgenten sind in der von Mitre mit der Regierung getroffenen Vereinbarung nicht eingeschlossen. Auch in Uruguay soll ein Aufstand ausgebrochen sein.

Canalisation oder Abfuhr?

(Fortsetzung und Schluß.)

Es ist hier der Ort, daran zu erinnern, daß um dieselbe Zeit, als die städtischen Behörden die gemischte Deputation niederlegten, die Staatsbehörden ein Gutachten der königlich wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen über die Frage der Reinigung Berlins von Auswurfstoffen erforderten. Dieses unter dem 16ten October 1867 erstattete Gutachten, dessen Conclusionen sich der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten angegeschlossen hat, stellt namentlich zwei maßgebende Sätze auf, welche für die Entscheidung auch der städtischen Behörden bestimmend sein müssen:

- 1) das System der Abtrittsgruben muß gänzlich verlassen werden,
- 2) es darf keine Einleitung der unreinen Wasser in die öffentlichen Stromläufe erfolgen.

Wan gleich das Gutachten sich darüber nicht ausdrücklich äußert, ob auch solches unreine Wasser, dem menschliche Excremente nicht beigemengt sind, von der Einleitung in die öffentlichen Stromläufe auszuschließen sei, so kann doch um so weniger darüber ein Zweifel sein, als eine wirksame Controlle über solche Bemessungen nicht ausführbar ist und dieselben sicherlich sehr häufig, auch da eintreten werden, wo eine geregelte Abfuhr besteht. Aber selbst, wenn es möglich wäre, die Mischung menschlicher Excremente gänzlich zu verhindern, so kann daran nicht gedacht werden, das Küchen-, Wasch- und sonstige Wirtschaftswasser, das Fabrik- und Gewerbeswasser, die Wasser der Straßen und Märkte, den größten Theil des Harns aus einer Stadt von 800,000 Einwohnern, welche überdies so reich an Fabriken aller Art ist, in einen Fluß von so geringem Gefälle und so langsamem Strom, wie die Spree oder in die Schiffahrtskanäle, die noch überdies durch Schlußen gesperrt sind, einzuführen. Man vergegenwärtige sich beispielsweise nur die ungeheure Menge von Seife, welche täglich verbraucht wird und welche bekanntlich überaus schlimme Zersetzungsstoffe liefert.

Die gemischte Deputation ist daher nach einer eingehenden Consideration aller einschlagenden Verhältnisse zu dem Schlusse gekommen,

daß das einzuführende Kanalsystem wesentlich von dem gleichen Größe und Einrichtung sein müsse, gleichviel ob die menschlichen Excremente durch Abfuhr entfernt oder dem Kanalwasser beigemengt werden, und daß das unreine Wasser dieses Kanalsystems weder mit, noch ohne menschliche Excremente in die öffentlichen Stromläufe geleitet werden dürfe, daß es also in dem einen, wie in dem anderen Falle entweder desinfectirt oder zu Vertiefungen verwendet werden müsse.

Die Entscheidung über das zu wählende Verfahren ist hauptsächlich von zwei Erwägungen abhängig, nämlich:

- a) von der finanziellen,
- b) von der sanitären.

Was die erstere angeht, so ist dieselbe überaus zusammengefaßt, da es sich nicht bloß um die Anlage- und Unterhaltungskosten, sondern auch und ganz besonders um die Erträge der Producte und die gleichzeitigen Ersparnisse an anderen Ausgaben handelt. Die weitere Darlegung wird dazu Materialien liefern. Das aber muß schon hier gesagt werden, daß die Kosten für die Kanalanlagen in beiden Fällen nahezu gleich hoch ausfallen, daß also die Rechnung sich wesentlich um die anderen Punkte zu bewegen hat.

Längere Zeit hindurch ist die Aufmerksamkeit durch die Ansprüche abgelenkt worden, welche die Landwirtschaft erhoben hat. Noch jetzt sind es gerade die Vertreter des landwirtschaftlichen Gewerbes, welche mit besonderem Eifer gegen die Canalisation und für die Abfuhr streiten, weil sie den Dünger der Stadt nicht entbehren könnten.

Die Deputation ist darin einig, daß nur dann, wenn ein wirksames und zuverlässiges Abfuhrsystem gefunden würde, welches zugleich durch den Absatz die Kosten deckt oder gar Ueberschüsse liefert, an die Realisation eines solchen Systems gegangen werden könne, daß dagegen in jedem Falle, wo durch die Abfuhr eine finanzielle Belastung der Stadtkasse oder der einzelnen Bürger entsände, die Rücksicht auf die Landwirtschaft hinter der Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zurückstehen müsse. Es muß dabei zugleich daran erinnert werden, daß der Dünger, welcher von circa 25,000 Pferden in der Stadt, von den zahlreichen Häusern und Ansiedlungen in der Peripherie der Stadt geliefert wird, welche sicherlich nie vollständig an ein System der Schwemmlandle werden herangezogen werden können, stets genügen wird, um den Gärtnern und Ackerwirthen der näheren Umgebung ausreichenden Stoff zur Fruchtbarmachung ihrer Acker zu liefern. Daß aber jemals die Gärtner und Landwirthe der Umgebung ihre Preise deshalb ermäßigen werden, weil sie die Excremente der Bürger kaufen können, dürfte in einer Zeit, wo der Preis des Gemüses, des Obstes, des Korns und des Viehes nicht mehr local bestimmt wird, wohl von niemand erwartet werden. Es gibt allerdings einen Gesichtspunkt, der dem finanziellen übergeordnet werden muß: das ist der sanitäre. Salus publica suprema lex.

Welches auch die finanziellen Consequenzen sind, sie müssen getragen werden, wenn die Rücksicht auf die öffentliche Gesundheit sie fordert. Denn eine Stadt, welche durch ihre Unreinlichkeit die Gesundheit ihrer Bürger schädigt oder gar deren Leben gefährdet, darf nicht zögern, in dem Augenblicke, wo diese Erkenntnis gewonnen wird, auch die Mittel zu ihrer Reinigung zu beschaffen, so schwer sie auch fallen mögen. Es wäre eine falsche Sparsamkeit, diese Mittel zu beschränken und ein unvollkommenes System zu suchen, bloß weil es billiger ist. Jedes kranke oder vor der Zeit gestorbene Gemeindeglied stellt auch einen wirtschaftlichen Verlust dar, und die Ersparnis an Reinigungskosten der Stadt wird nicht bloß aufgewogen, sondern reichlich überschritten durch die Mehrbelastung der Armenverwaltung.

Daher hatte die gemischte Deputation die sanitären Rücksichten stets als die entscheidenden für ihre Erwägungen angesehen, und sie darf umso mehr auf eine Billigung der städtischen Behörden in dieser Beziehung rechnen, als die Erfahrung auch in unserer Stadt gelehrt hat, daß die Verschlechterung des öffentlichen Gesundheitszustandes ein schnelles Anwachsen der städtischen Ausgaben nach sich zieht.

Es ist schließlich zu erwähnen, daß die königliche Staatsregierung das große Interesse, welche sie an unseren Untersuchungen nimmt, nicht bloß durch die Bewilligung eines beträchtlichen Zuschusses zu den Kosten, sondern auch durch Anordnung eines Vertreters zu den Sitzungen der Deputation kundgegeben hat, und daß die Deputation in ihren Auffassungen sich mit diesem Vertreter in Uebereinstimmung befindet.

Vaagesneitigkeiten.

(Metropolitanwahl.) Die „Bester Correspondenz“ meldet, daß die Wahl des Bischofs Roman von Arab zum rumänischen Metropolitan in Hermannstadt mit 51 gegen 31 Stimmen, die Popea erhielt, erfolgte und daß diese Wahl bestimmt die Bestätigung erlangen dürfte.

(Schneefall und Verkehrsstörungen) stehen an der Tagesordnung. In ganz Steiermark fällt seit zwei Tagen in dichten Massen Schnee. In Ober- und Untersteier ist der Verkehr der Eisenbahnhänge nur mit Schneepflügen aufrechtzuerhalten, da der Schnee sehr hoch über den Schienen liegt. Von Wien aus über den Semmering ist daselbe Wetter. In den Telegraphenleitungen sind bereits bedeutende Störungen eingetreten, ja einzelne wurden ganz unterbrochen. — Welche Massen von Schnee im Gebirge fliegen, schreibt man der „Vingler Tagespost“, beweist der Umstand, daß das Hochwild sich jetzt in den Niederungen aufhält und von den Stroßen aus, welche zum Beispiel von Ischl nach Ebensee und Weissenbach am Attersee führen, ganze Rudel Hochwild selbst bei Tage zu sehen sind und bei Nacht sich sogar zu den Häusern wagen, um den Wänden der Häuser sich mitunter hinausziehenden Epheu abzunagen. Am 27. v. M. stieß ein Weib in der Lagwies mit den Händen eine Gemse, selbe war sehr mair und setzte ihrer Gefangennahme keinen Widerstand entgegen.

(Blatternepidemie.) Wegen der in Fiume herrschenden und immer weiter um sich greifenden Blatternepidemie hat der dortige Magistrat die Normalschulen schließen lassen und wurde der Unterricht auf unbestimmte Zeit verlagert.

(Aus der Baderzeitung.) Die dritte Wintertourliste von Meran weist bis 19. v. M. 573 Parteien mit 1131 Personen aus.

(Wieder eine Heiligsprechung.) Der Prozeß erster Instanz behufs Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans hat begonnen und wird eifrig fortgesetzt. Gewöhnlich werden die Gerichtsitzungen von dem Bischof Monsignore Dupanloup präsidirt. Das geistliche Gericht besteht aus einem Präsidenten, einem Richter, zwei Gerichtsdassessoren, einem Promotorius, einem Vicepromotorius, einem geistlichen Notar, zwei Curatoren und zwei Postulatoren, die sämmtlich dem geistlichen Stande angehören, mit Ausnahme eines der Postulatoren, der von der Stadtgemeinde deputirt ist.

(Die Versteigerung der Kirchengüter in Italien) wird mit dem besten Erfolge fortgesetzt. So wurden diesertage ein Delbaumwald bei Livoli, ein Haus in Rom, Via Panisperna, ein Garten in San Onofrio, die Besitzung Tor Vergata (Ausrufspreis 121,000 Lire, Ersteherungspreis 180,000 Lire) und der Weingarten Ciampi bei Porta Salara verkauft. Bei diesem letzten Object wurde statt des Ausrufspreises von 19,000 Lire der verhältnismäßig enorme Betrag von 91,500 Lire erreicht.

Locales.

(Aus dem Sanitäts- Wochenberichte des laibacher Stadiphysikats) vom 22. bis inclusive 28. November d. J. entnehmen wir folgendes:

I. Morbilität. Dieselbe war in dieser Woche bedeutender als in der Vorwoche. Es kamen viele entzündlich-katarrhalische Prozesse in den Respirationorganen, selbst Lungen- und Rippenfellentzündungen und Anginen zur ärztlichen Behandlung. Die Diphtheritisfälle sowie in der Vorwoche seltener gegen früher und mit geringer Intensität auftretend, Scharlach und Varicellen ziemlich häufig, vereinzelt Typhoide und Verschlimmerungen der Tuberculose.

II. Mortalität. Dieselbe war bedeutender als in der Vorwoche. Es starben nemlich 22 Personen (gegen 15 in der Vorwoche). Von diesen waren 17 männlichen und 5 weiblichen Geschlechtes, 11 Erwachsene und ebensoviele Kinder, daher das männliche Geschlecht entschieden überwiegend, die Erwachsenen und Kinder aber gleichmäßig an der Sterblichkeit participierten.

Im ersten Lebensjahre starben 5 Kinder, und zwar: an Atrophie und Fraisen je 2, an Wasserkopf 1 Kind; vom 2. bis 20. Jahre starben 6 Personen, und zwar an Diphtheritis 3, an brighitischer Krankheit, Zehrfieber und zufällig erlittenen Verletzungen je 1 Person; vom 20. bis 60. Jahre starben 10 Personen, und zwar an Tuberculose 3, an Pyämie 2, an Entkräftung, Brustwassersucht, Schlagfluß, Thrombose und Wassersucht je eine Person;

über 60 Jahre alt starb 1 Person an Lungenemphysem.

Als häufigste Todesursache traten auf: Diphtheritis und Tuberculose je 3mal (erstere in der Vorwoche 4mal), d. i. 13.6%; Fraisen und Atrophie je 2mal, d. i. 9.1%; brighitische Krankheit, Schlagfluß, Zehrfieber zc. je 1mal, d. i. 4.5% aller Verstorbenen.

Im Civilspital starben 10 Personen, im Elisabeth-Kinderspitale 1 Kind, in der Stadt und den Vorstädten 11 Personen. Diese vertheilen sich, wie folgt: Innere Stadt 1, St. Peterstorstadt 3, Polanavorstadt 2, Kopuzinervorstadt 1, Grabischavorstadt 2, Krakau- und Trnavorstadt 1, Karlsstädtervorstadt und Hühnerdorf je 1, Moorgrund 0.

(Verloren.) Ein armer Hausierer, der sich durch 14 Monate in der Welt herumgeschlagen hatte, verlor Samstag nachmittags um circa halb 3 Uhr auf der Strecke von der Jakobskirche bis zu St. Florian die Brieftasche mit seinem ganzen Schatze, dem während dieser langen Zeit mühsam erdachten Vorrath von 222 Gulden (20 Zehner, 4 Fünfer- und 2 Einser-Noten). In der Brieftasche befand sich außerdem noch eine Rechnung aus Leipzig. Der arme Verlustträger ist Marko Bialovic aus Grabovic G. Nr. 1, Bezirk Döbling, und bittet den ehelichen Finder scheinlich um Rückgabe seines Eigentums.

(Ein Hochgenuß seltenster Art) ist uns in nächster Zeit in Aussicht. Ein Künstler-Trioletum ersten Ranges trifft am 15. d. in unseren Mauern ein, um ein großes Concert zu geben. In erster Reihe werden wir den König David des 19. Jahrhunderts, den ersten Harfenspieler der Gegenwart, Herrn Zamara, l. l. Kammervirtuose und Mitglied des wiener Hofopernorchesters, begrüßen, dessen Spiel Weltrauf genießt. Als dessen Genossen werden wir den mit sphaen Stimmgabeln begabten vorzüglichen Liebersänger Herrn Schwindler und den Violoncell-Virtuosen Herrn Spitzer, Mitglied des wiener Hofopernorchesters, hören. Ein Zeitraum von mehr als 14 Jahren ist verstrichen, seitdem wir die große Harfenspielerin Wäbner hörten; selten nur wird uns Gelegenheit geboten, zu gleicher Zeit drei Künstler zu vernehmen. Die Musikfreunde Laibachs werden diese Voranzeige gewiß mit regem Interesse vorläufig zur Kenntnis nehmen und sich den signalisirten Hochgenuß sicher nicht entklüpfen lassen.

(Die l. Landwirtschaftsgesellschaft) beschäftigte sich in ihrer gestrigen Centralauskunftung mit folgenden Gegenständen: 1. An die Filialen in den weinbautreibenden Gegenden Krains wird die Anfrage gerichtet werden, ob dort Neben aus Klosterneuburg bezogen oder bestellt wurden. 2. Ueber das Erscheinen der Reblaus in Krain. 3. Bertheilung von 26 bis 30 Paaren anzulassender tarviser Schafe an 50 Landwirthe in Ober-, Unter- und Innerkrain. 4. Mittheilung des h. Ackerbauministeriums inbetreff der Zuerkennung eines Staatspreises von 300 fl. nebst silberner Medaille an die Käseereignisgesellschaften in Bittinje und Sojanac in der Wochein. 5. Besondere Aufsicht des krainischen Landesauschusses um Aeußerung über den Nutzen und die Dringlichkeit der projectirten Gurtregulierung von Weiskirchen bis Maulendorf nach Antrag Dr. Razlag werden vorläufig die Filialen zu Rudolfswerth und Gurtsfeld zur Berichterstattung aufgefordert. 6. Mehreren Wirtschaftsbesitzern wird der Verkauf schwerer, nicht mehr sprungfähiger Stiere bedingungsweise gestattet. 7. Den Ortschulrathen zu St. Kanzian und Deuschau bei Gottschee wird je eine Garnitur von Gartengeräthen mit dem Besatze gespendet, daß diese in das Schulinventarium aufzunehmen ist. 8. Bericht an die h. Landesregierung inbetreff der Abhaltung von vier Jahrmärkten in St. Kanzian bei Raffensfuß. 9. Der Centralauschuß ordnet die Verpflanzung des landwirtschaftlichen Versuchshofes in der Polana an und richtet an das h. Ackerbauministerium die Bitte um unentgeltliche Verabfolgung von 6000 Christusbornen aus den gürzer Saatkämpfen zu Zaananlagen. 10. Der klosterneuburger Weinbaukalender wird an die Filialen in den weinbautreibenden Gegenden Krains abgesendet. 11. Die Gesellschaft pränumerirt auf das bei Fasy & Fried in Wien zu anfang 1875 erscheinende neue landwirtschaftliche Blatt. 12. Ausschusvrath Debeuz berichtet, daß Unroth in Prag den Preis einer Handdrehmaschine von 120 fl. auf 105 fl. herabgesetzt hat. 13. Ausschusvrath Peter Laßnik stellt den Antrag, im Wege des hiesigen Magistrates sei das Ansuchen zu stellen, daß in Laibach nebst den bestehenden fünf Jahrmärkten an dem ersten Mittwochtage in jedem Monate, mithin zwölfmal im Jahre, ein Hornvieh- bezugsweise Pferdemarkt abgehalten werden dürfe. Bei Begründung dieses Antrages betont Nebner die Hebung und Frequenz des Verkehrs und die Aussicht auf Ermäßigung der Fleischpreise.

